

Laudatio zur Verleihung des Nanny und Erich Fischhof-Preises an Nationalrat Paul Rechsteiner von Prof. Dr. Hans Ulrich Jost Professor für Neueste Geschichte an der Universität Lausanne

Es ist mir eine Ehre und grosse Freude, die Überreichung des Fischhof-Preises an Paul Rechsteiner mit einigen Worten begleiten zu dürfen. Paul Rechsteiner, Rechtsanwalt, Nationalrat und Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes, zählt zu jener leider nicht allzu grossen Gruppe von Bürgern und Bürgerinnen, die den Anspruch der Schweiz, ein humanitären und ethischen Grundsätzen verpflichtetes Land zu sein, auch in der Realität Nachdruck zu verleihen versucht. Seine berufliche Tätigkeit war immer aufs engste mit sozialen und humanitären Anliegen verbunden. Die wichtigsten Engagements dieser ihm zur Ehre reichenden Tätigkeit finden sie in den im Programm abgedruckten biographischen Notizen. Ich werde hier im Wesentlichen nur auf einen Aspekt, den Kampf um die Rehabilitierung von Paul Grüninger, näher eingehen.

Bekanntlich zählte Paul Rechsteiner zu den ersten Initianten, die sich dem Fall Paul Grüninger annahmen. Paul Grüninger, erinnern wir uns, war ein St.Galler Polizeioffizier, der 1938 entgegen den Weisungen der Behörden nach dem Anschluss Österreichs an Nazideutschland einer grosse Zahl von jüdischen Flüchtlingen den Eintritt in die Schweiz ermöglicht hatte. Paul Rechsteiner und ein kleiner Kreis couragierter Bürger und Bürgerinnen waren nicht nur für die Aufarbeitung dieser Geschichte besorgt, sondern sie setzten auch einen langwierigen Prozess zur Rehabilitierung Grüningers in Gang. Dieser Kampf um die Ehre eines Mannes, der die inhumane Flüchtlingspolitik der Schweizer Behörden nicht mitmachen wollte, konfrontierte Paul Rechsteiner mit den oft polemischen und gehässig geführten Debatten über die schweizerische Flüchtlingspolitik während des Zweiten Weltkrieges.

Einige Jahre später, bei der Verteidigung von Joseph Spring, einem der Opfer der damaligen unmenschlichen Rückschaffungspraxis, kam Paul Rechsteiner erneut mit dieser Problematik in Berührung. Es handelt sich um Schicksale, die in eklatanter Weise die dunkle Kehrseite der schweizerischen Vergangenheit aufdecken. Sie verweisen zudem auf ein Grundproblem des schweizerischen Selbstverständnisses : in Gegensatz zur offiziell immer wieder

beschworenen humanitären Mission erwies sich die konkrete Politik der Schweiz in vielen Fällen als hart und unmenschlich.

Sie verstehen gewiss, dass mich, als Historiker, diese Aspekte besonders berühren. Erlauben sie mir deshalb, hier einige Überlegungen zum Thema humanitäre Schweiz, Realpolitik und Geschichte vorzutragen. Sie werden am Schluss sehen, dass diese Problematik durchaus auch Paul Rechsteiners Tätigkeit in Politik und Gesellschaft berührt.

Unsere politischen und moralischen Autoritäten berufen sich bekanntlich oft, und dies nicht nur am 1. August, auf die Geschichte. Diese wird nicht selten, um es unverblümt zu sagen, als Legitimation der Macht und als moralisches Alibi missbraucht. Nehmen wir beispielsweise, um beim Thema zu bleiben, die auch heute noch immer nicht wirklich bewältigte Asylpolitik. Bekanntlich hatte die politische Debatte zu diesem Thema schon in den 1950er Jahren begonnen, als die internationale Öffentlichkeit und der Bundesrat durch ausländische Aktenpublikationen an die weitgehend verschleierte Affäre der Einführung des J-Stempels erinnert wurden. Der Bundesrat beauftragte darauf den Basler Rechtsprofessor Carl Ludwig mit einer Untersuchung der Flüchtlingspolitik. Das Ergebnis war eine 1957 diskret als Beilage des Bundesblattes gedruckte Publikation, die in die Geschichte als "Bericht Ludwig" eingegangen ist. Im Anhang dieser Schrift findet sich eine über 20-seitige Rechtfertigung von Bundesrat von Steiger, dem schon während des Krieges in dieser Sache verantwortlichen Magistraten. Von Steiger hatte seinerzeit im Herbst 1942 anlässlich einer Diskussion zur Flüchtlingspolitik im Nationalrat unter Beifall erklärt, die Geschichte werde "einst zeigen, dass wir, alles in allem genommen, nicht weniger als in der Vergangenheit unabhängig und aufrecht die Gebote der Menschlichkeit mit vernunftbegabter Seele erfüllt haben". Da der Bericht Ludwig nicht ganz diesen Vorstellungen entsprach, sah sich von Steiger veranlasst, seine eigene Version der Geschichte beizufügen.

Wir sehen hier ein typisches Beispiel des Zwiespalts zwischen Geschichte und Politik, oder, etwas allgemeiner ausgedrückt, zwischen Sein und Schein. Der Bericht Ludwig wurde, wie schon erwähnt, beinahe verschämt als unansehnliche Beilage des Bundesblattes veröffentlicht. Die Presse reagierte zurückhaltend, und die Besinnung auf die Flüchtlingspolitik hielt sich in Grenzen. Erst zehn Jahre später, dank des Buches «Das Boot ist voll» von Alfred Häsler — übrigens der Träger des Fischhof-Preises von 1992 — kam die Flüchtlingspolitik langsam ins öffentliche Bewusstsein. Man kann nicht sagen, die Behörden hätten viel zu diesem Bewusstseinsprozess beigetragen. Im Gegenteil, wie wir heute wissen, sind gerade in diesen Jahren zahlreiche Akten zur Flüchtlingspolitik vernichtet worden.

Warum befinden wir uns immer wieder in solchen zwiespältigen Situationen, wo ein von den politischen Autoritäten gepflegtes Geschichtsbild mit der Realität der Geschichte kollidiert? Die Antwort ist relativ einfach. Das sogenannte übergeordnete Interesse des Staates und das Bestreben der verantwortlichen Behörden und der politischen Akteure, mit einer geschönten Geschichte ihre aktuelle Position zu legitimieren, stehen einer kritischen Geschichtsbetrachtung im Wege. Hinzu kommt, dass die Bevölkerung empfänglich ist für Rückblicke, in denen die eigene Vergangenheit in rosigem Licht erscheint. Insbesondere die Generation, die die schwere Bürde der Mobilisation zu erdulden hatte, findet nur mit Mühe Zugang zu einer historisch umfassenden Analyse und zieht es vor, nur einzelne und oft verklärte Erinnerungen sorgsam zu behüten.

Doch wie weit darf dieses Doppelspiel von Politik und Geschichte, von Schein und Sein gehen, bevor das Land und die Regierung an Glaubwürdigkeit verlieren? In den ersten zwanzig Nachkriegsjahren kam dieses Problem nur selten ernsthaft zur Sprache. Im Gegenteil, man rühmte sich der eigenen vorbildlichen Haltung in einer Zeit des moralischen Zerfalls. Damit konnte auch die wirtschaftlich und finanziell privilegierte Stellung der Schweiz in der Nachkriegszeit vorzüglich legitimiert werden. Erst in den 1970er Jahren, zur Zeit als Paul Rechsteiner sein Jura-Studium abschloss, wurde etlichen Historikern klar, dass zwischen der offiziell tradierten Erinnerung und dem, was die historische Forschung über die Zeit des Zweiten Weltkriegs ans Licht brachte, ein nicht mehr verantwortbarer Widerspruch bestand. Doch trotz der zahlreichen historischen Studien verharrte das offizielle Geschichtverständnis des Landes in einem Zustand selbstzufriedener Rückschau. Wie schwierig es war, als unangenehm empfundene historische Fakten in die Öffentlichkeit zu bringen oder, wie dies im Falle von Polizeihauptmann Grüninger der Fall war, die staatlichen Autoritäten in die Verantwortung zu ziehen, hat Paul Rechsteiner selber eindrücklich erlebt.

Gewiss, bei der Rehabilitierung von Grüninger ging es bei weitem nicht nur um die Anerkennung eines traurigen historischen Kapitels, sondern auch um Gerechtigkeit und staatsbürgerliche Verantwortung insgesamt. Der Einsatz couragierter Bürger und Bürgerinnen hat viel dazu beigetragen, dass die historische Forschung etwas ernster genommen wurde. So wie erst Alfred Häslers "Das Boot ist voll" die Debatte zur Flüchtlingspolitik in die breitere Bevölkerung trug, so half auch der Kampf um die Rehabilitierung Grüningers mit dazu bei, sich der zu lange verdrängten Geschichte anzunehmen. So gesehen erwies sich die Rehabilitierung Grüningers durch die lange Zeit widerspenstige St.Galler Regierung nicht nur als ein Akt von Wiedergutmachung, sondern als Rückführung der Politik auf ihre Geschichte und ihre

Verantwortung. Gleichzeitig halfen Bücher wie jenes von Stefan Keller mit, in der Bevölkerung ein besseres Verständnis für diese verdrängte Vergangenheit zu wecken.

Angenommen, couragierte Bürger und Bürgerinnen hätten, ähnlich wie im Falle Grüninger, den Bundesrat schon in den 1970er Jahren dazu gebracht, sich offen und kritisch mit den nachrichtenlosen Vermögen und dem deutschen Raubgold zu befassen, dann wäre der Schweiz die peinliche Gewissenskrise der 1990er Jahre erspart geblieben. Doch die offizielle Attitüde in dieser Sache war dieselbe, wie sie schon Bundesrat von Steiger vorzelebriert hatte. Und dies, obwohl die Geschichtsschreibung immer mehr einschlägige Studien vorlegte, die auf die schwerwiegende Problematik dieses Teils der Vergangenheit hinwiesen. Es ist bezeichnend für die Haltung der Mehrheit von Behörden und Presse, dass die NZZ noch 1985 anlässlich der Publikation von Werner Rings Buch über das von der Schweiz erworbene Nazi-Raubgold meinte, es handle sich "dabei nur um eine *marginale Episode* aus dem Zweiten Weltkrieg" (NZZ 88, 17. April 1985). Erst als der Druck des Auslandes so stark wurde, dass möglicherweise wirtschaftliche Interessen der Schweiz zu Schaden kommen könnten, hat sich der Bundesrat zu einer Aufarbeitung der Geschichte durchgerungen. Es darf dabei erinnert werden, dass Paul Rechsteiner einer der Initianten war, die die Schaffung der Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg vorgeschlagen haben.

Ist heute nun dieser Zwiespalt von Sein und Schein, von Politik und Geschichte, gelöst? Verfolgt man die Rezeption der Berichte der Unabhängigen Expertenkommission — 25 Bände und ein 600-seitiger Schlussbericht — so kommen einem etwelche Zweifel. Der Bundesrat hatte sich darauf beschränkt, in einem knappen Communiqué die Publikation der Berichte zur Kenntnis zu nehmen. Das Parlament, das anlässlich der Einsetzung der Expertenkommission eine breite Debatte nach Abschluss der Arbeiten ankündigte, hat diese Debatte bis heute nicht geführt. Schlimmer noch, gewisse politische Kreise erklären öffentlich, die Berichte der Expertenkommission seien unannehmbar und deshalb zu schubladien und möglichst rasch zu vergessen. Der Schein soll erneut das Sein verdecken.

Leider kommt es heute erneut zu restriktiven Eingriffen der Behörden in die Geschichtsschreibung. Bekanntlich hat der Bundesrat kürzlich die Forschung über die Beziehungen der Schweiz zu Südafrika während der Zeit des Apartheid-Regimes stark eingeschränkt und behindert. Er sperrte, mit dem Hinweis, die Interessen schweizerischer Unternehmen müssten gewahrt werden, den Forschern den Archivzugang. Die Geschichte wurde einmal mehr ins Prokrustesbett der Staats- und Wirtschaftsinteressen gezwängt.

Sie fragen sich, nehme ich an, was meine Ausführungen mit dem, wie das Programm ausführt, “unbeirraren Kampf für Gerechtigkeit und Rechte von Minderheiten und sozial Schwächeren” von Paul Rechsteiner zu tun haben. Dazu lässt sich Folgendes ausführen: Geschichtsforschung, heisst es oft, dürfe weder moralische Urteile noch gesellschafts-politische Werte implizieren. Diese Forderung mag, wenn sie auch epistemologisch problematisch ist, richtig sein. Dies bedeutet aber keineswegs, dass der aktuelle Umgang mit Geschichte sich ausserhalb von Moral und Gerechtigkeit abspielt. Wie die zuvor ausgeführten Fälle zeigen, dient die politische Instrumentalisierung der Geschichte nicht selten dazu, vergangenes Unrecht zu verschleiern, um die bestehenden Machtverhältnisse besser zu legitimieren. Damit werden immer wieder vergangenes Unrecht und soziale Ungerechtigkeit, drückenden Hypotheken gleich, in die politische Kultur der Gegenwart übergeführt. Sie machen nicht nur die jeweils aktuelle Politik unglaubwürdig, sondern generieren gewissermassen moralisch fragwürdige Zukunftsperspektiven. Verdrängte oder geschminkte Geschichte führt so zu einer vergifteten Gegenwart und zu einem getrübbten Blick auf die Zukunft.

Ist es nur Zufall, dass ausgerechnet aus jenen politischen Kreisen, die heute die Verschärfung der restriktiven Asylpraxis und einen Abbau der sozialen Leistungen des Staates erzwingen, auch die Forderung kam, die Berichte der Unabhängigen Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg seien zu schubladisieren und möglichst rasch zu vergessen. Man darf, glaube ich, durchaus die Gleichung wagen, dass die Verheimlichung oder Verdrängungen von vergangenem Unrecht sich deckt mit einer politischen Praxis, in der erneut Ungerechtigkeit und moralisch fragwürdige Werte als Leitlinien für die Zukunft dienen. Ausserdem stellt sich ein Land, das seiner Geschichte aus politischer Opportunität Gewalt antut, in einen ethisch nicht vertretbaren Rechts- und Verfassungszustand. Und schliesslich bedeutet verdrängte Geschichte nicht selten ein Ausblenden jener Minderheiten und sozial Benachteiligten, die in der Macht- und Interessenpolitik der Grossen unter die Räder kamen. Geschichtsschreibung kann durchaus einen Beitrag an die soziale Gerechtigkeit liefern, nämlich indem sie nicht einseitig die Geschichte der Sieger und der Mächtigen, wie dies nur allzu oft der Fall ist, nachzeichnet, sondern die Gesellschaft in ihrer ganzen Breite — die Verlierer, die sozial Benachteiligten und die in die Marginalität gedrückten Gruppen mit eingeschlossen — erfasst. Deshalb wird Paul Rechsteiner als Politiker und Gewerkschafter sich in seinem Kampf für soziale Gerechtigkeit auch in Zukunft, glaube ich, noch viel mit Geschichte herumschlagen müssen. Möge der Fischhof-Preis ihm als Ermunterung dienen, diese Aufgabe weiterhin mit seiner bekannten Zielstrebigkeit zu verfolgen.